

Fritz Breuss

Langsame Erholung der Weltkonjunktur

Der Abschwung der Weltkonjunktur, der im Herbst 1990 eingesetzt hatte ist noch nicht zum Stillstand gekommen¹⁾ Das Wirtschaftswachstum der Industrieländer verlangsamte sich im Verlauf des Vorjahres zusehends (1 Halbjahr +3%, 2 Halbjahr +1,5%) Im 1 Halbjahr 1991 (+1%) wuchs das Brutto-Nationalprodukt der OECD insgesamt real um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte rascher als bisher angenommen (OECD, 1991) Die zu Jahresbeginn noch kräftige Konjunktur in Japan, Westdeutschland (anhaltend positive Impulse von der deutschen Wiedervereinigung) und Frankreich konnte die ungünstigere Wirtschaftsentwicklung in Großbritannien Italien, Kanada und in einigen kleineren europäischen Ländern (Finnland Schweden, Schweiz) mehr als wettmachen Die bremsenden Einflüsse der Wirtschaftspolitik wurden geringer In den USA und in einigen anderen Ländern die in die Rezession geraten waren wurde die Geldpolitik spürbar gelockert Zudem wich nach dem raschen Ende des Golfkrieges die Verunsicherung von Konsumenten sowie Investoren, und die deutliche Verbilligung der Erdölimporte stabilisierte die Realeinkommen

Die dramatische Entwicklung in der UdSSR nach dem gescheiterten Putsch am 19 August 1991 (Auflösung der KPdSU, Zerfall der UdSSR) löste einen Wettlauf der Abrüstungsvorschläge zwischen den Präsidenten Bush und Gorbatschow aus Über die militärpolitische Bedeutung des vollständigen Abbaus der Ost-West-Spannung hinaus weichen die Auffas-

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird 1991 auf 1%, in den Industrieländern auf 1¼% zurückgehen. Das ist die niedrigste Wachstumsrate seit 1982, als die Industrieländer in eine Rezession geraten waren. In Westeuropa eilte das Wachstum aufgrund der deutschen Wiedervereinigung und der Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt seit 1989 im Durchschnitt jenem in den USA voraus. In Osteuropa bewirkten die Maßnahmen zur Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft drastische Produktionseinbußen und hohe Inflation. Einer schleppenden Konjunkturerholung in den USA steht 1992 eine Abschwächung in Westdeutschland und in Japan gegenüber. Die gegenläufige Dynamik der drei wichtigsten Industrieländer („Triade“) bremst insgesamt den Aufschwung der Weltwirtschaft.

sungen über das Ausmaß der „Friedensdividende“ voneinander ab Nach Simulationen des Internationalen Währungsfonds (IMF) sind kurzfristig kaum und mittel- bis langfristig leicht negative Wachstumseffekte zu erwarten²⁾

Langsame Aufwärtsentwicklung erst im 1 Halbjahr 1992

Das Konjunkturmodell hat sich im Herbst eingetrübt Der für das 2 Halbjahr 1991 erwartete Aufschwung wird nicht vor dem 1 Halbjahr 1992 einsetzen In den USA herrscht ein pessimistisches Wirtschaftsklima, in Japan verschärfte sich der Abschwung Erst wenn die Zinssenkungen in den USA auf Inve-

stitutionen und Konsumausgaben wirken, wird wieder ein Aufwärtstrend einsetzen Allgemein wird damit gerechnet, daß sich die Wachstumsraten in den Industrieländern im Aufschwung wieder annähern, nachdem sie sich 1991 sehr unterschiedlich entwickelt haben Am Beispiel der Konjunktur in Europa ist erkennbar, daß Sonderentwicklungen zu dieser Konvergenz beitragen: Die deutsche Wiedervereinigung begünstigte die mitteleuropäischen Länder, hingegen führte die enge Verflechtung mit den USA Großbritannien und einige skandinavische Länder in eine Rezession, der Zusammenbruch des RGW-Handels hat nicht nur die ehemaligen Mitgliedstaaten in Osteuropa schwer getroffen, sondern auch in Finnland große Probleme verursacht

Der nur schleppend vorankommende Konjunkturaufschwung in den USA und das — für kurzfristige stärker als für langfristige Zinsen — zunehmende Zinsgefälle zu Westdeutschland hat den Dollarkurs in jüngster Zeit deutlich gedrückt Infolge des anhaltend hohen Kreditbedarfs zum Wiederaufbau der Wirtschaft Ostdeutschlands wird diese Situation andauern Die kurzfristigen Zinsen sind — mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland — in den meisten OECD-Ländern gesunken Die Rahmendaten — insbesondere der Geldpolitik — sprechen für ein mäßiges Wachstum ohne die Gefahr einer Inflationsbeschleunigung Der internationale Prozeß der Budgetkonsolidierung der achtziger Jahre war 1989 zum Stillstand gekommen

¹⁾ Dieser Beitrag basiert auf einer umfassenderen Konjunkturanalyse („General Report“) des WIFO für die Herbsttagung der Vereinigung der europäischen Konjunkturforschungsinstitute (AIECE) am 23-25 Oktober 1991 in Brüssel (Breuss F. Busch G. Walterskirchen E. General Report Short-Term Prospects for the European Economies, Brüssel 1991)

²⁾ Entsprechende Simulationen des IMF für die wichtigsten Industrieländer basieren auf der Annahme eines Einfrierens der Rüstungsausgaben (IMF 1990)

Wirtschaftswachstum

Übersicht 1

	Brutto-National- und -inlandsprodukt					Industrieproduktion			
	Gewicht ¹⁾	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
		Veränderung gegen das Vorjahr in % real							
USA ²⁾	35,8	+1,0	-0,5	+2,8	+3,0	+1,0	-2,0	+3,5	+4,0
Japan ²⁾	19,0	+5,6	+4,5	+2,5	+3,5	+4,7	+3,5	+2,5	+4,0
BRD (Westdeutschland) ²⁾	9,0	+4,5	+3,5	+2,0	+2,5	+5,5	+3,5	+1,5	+3,0
Frankreich	7,1	+2,8	+1,5	+2,3	+2,8	+1,1	+0,5	+2,5	+3,0
Italien	6,1	+2,0	+1,3	+2,3	+2,5	-0,7	-2,0	+2,0	+3,0
Großbritannien	5,4	+0,8	-2,0	+2,0	+3,0	-0,7	-4,0	+2,0	+3,0
Kanada ²⁾	3,3	+0,5	-1,0	+3,5	+4,0	-4,3	-5,0	+3,8	+4,0
Große Industrieländer	85,7	+2,6	+1,3	+2,5	+3,0	+1,8	-0,5	+2,8	+3,8
Spanien	2,3	+3,6	+2,8	+3,0	+3,0	±0,0	-2,0	±0,0	+1,0
Niederlande	1,7	+3,9	+2,3	+1,8	+2,5	+2,5	+2,0	+2,5	+3,0
Australien	1,6	+1,6	-0,5	+2,3	+3,0	-0,0	-2,0	±0,0	+1,0
Schweiz	1,4	+2,2	-0,3	+1,0	+1,8	+2,6	-1,5	+1,5	+2,0
Schweden	1,3	+0,3	-1,3	+0,5	+1,8	-2,7	-6,0	-3,0	+2,0
Belgien	1,1	+3,5	+1,5	+2,0	+2,5	+4,3	±0,0	+2,0	+3,0
Österreich	0,9	+4,6	+3,0	+2,5	+3,0	+5,5	+2,0	+2,5	+3,0
Dänemark	0,8	+2,1	+1,5	+2,5	+3,0				
Finnland	0,7	+0,4	-4,5	±0,0	+3,5	+0,1	-8,0	±0,0	+3,5
Norwegen ³⁾	0,7	+1,8	+3,5	+4,0	+4,5	+0,8	±0,0	+2,0	+4,0
Türkei ²⁾	0,5	+9,2	+2,3	+2,8	+4,8				
Griechenland	0,4	-0,1	+1,0	+1,0	+1,5	+0,5	±0,0	+0,5	+1,0
Portugal	0,3	+4,2	+3,0	+3,0	+3,0	+9,0	+4,0	+3,0	+3,0
Neuseeland	0,3	+1,9	±0,0	+1,0	+2,0				
Irland ²⁾	0,2	+6,6	+1,3	+2,8	+3,3	+4,7	+2,5	+0,5	+2,0
Luxemburg	0,1	+2,7	+2,8	+3,0	+3,3	-0,5	+1,0	+1,0	+1,5
Island ²⁾	0,0	±0,0	+0,3	-1,5	+3,5				
Kleine Industrieländer	14,3	+2,8	+1,0	+2,0	+2,8	+1,8	-1,0	+0,8	+2,0
OECD insgesamt	100,0	+2,6	+1,3	+2,5	+3,0	+1,8	-0,5	+2,5	+3,5
OECD-Europa	40,0	+2,9	+1,5	+2,0	+2,8	+1,8	-0,3	+1,8	+2,8
EG	34,5	+2,9	+1,5	+2,3	+2,8	+1,8	±0,0	+1,8	+2,8
EFTA	5,0	+1,9	±0,0	+1,5	+2,6	+1,9	-2,3	+0,5	+2,8

Q: OECD IMF, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ in % des OECD-BNP 1987 — ²⁾ Brutto-Nationalprodukt — ³⁾ Industrieproduktion ohne Erdölsektor

im Durchschnitt der OECD-Staaten im 1. Halbjahr 1991 zurück (-¼%). Am stärksten waren davon Großbritannien Kanada Australien und Finnland betroffen — jene Länder die bereits eine Rezession erlebten. Das Arbeitsangebot nahm im Durchschnitt der OECD im 1. Halbjahr 1991 mit +1% sogar etwas rascher zu als im 2. Halbjahr 1990. Beschleunigt hat sich das Angebotswachstum in Japan, der Bundesrepublik Deutschland und einigen kleineren europäischen Ländern. Angesichts dieses Ungleichgewichtes auf dem Arbeitsmarkt stieg die Arbeitslosigkeit weiter. Die größten Zuwächse verzeichneten im 1. Halbjahr 1991 Großbritannien, Kanada, Finnland und Irland. Dagegen fiel die Arbeitslosenquote in Westdeutschland auf das niedrigste Niveau seit 1981. In Japan blieb sie unverändert.

Entsprechend dem erwarteten Konjunkturaufschwung ist mit einer leichten Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Das Arbeitskräfteangebot wird (mit zunehmender Migration von Ost- nach Westeuropa) weiterhin um rund 1% pro Jahr zunehmen, und auch die Beschäftigungsnachfrage folgt wieder einem leichten Aufwärtstrend (±0% 1991, +1% 1992 +1¼% 1993). Unter diesen Voraussetzungen könnte die Arbeitslosenquote in der OECD insgesamt bis 1993 wieder auf rund 6¼% zurückgehen (nach 7% 1991 und 1992). Demnach wird die Zahl der Arbeitslosen 1993 rund 28¼ Mill. erreichen (1990 24¼ Mill., 1991 28 Mill. und 1992 29 Mill.; Übersicht 2).

Seither stieg das Defizit der Staatshaushalte im Durchschnitt der OECD-Staaten um 1% des BNP, abgesehen von der deutschen Sonderentwicklung (Defizit aufgrund der Wiedervereinigung) vor allem wegen der Wachstumsabschwächung in den meisten Ländern. Mit dem erwarteten Aufschwung dürften sich die Defizite im Durchschnitt wieder stabilisieren.

Das reale Brutto-Nationalprodukt (BNP) der OECD wird 1991 insgesamt um 1¼% wachsen (nach +2,6% 1990) und erreicht damit das schlechteste Ergebnis seit 1982. Nach dem Aus-

bleiben einer Erholung im 2. Halbjahr 1991 dürfte sich das Wachstum 1992 (+2½%) und 1993 (+3%) beschleunigen.

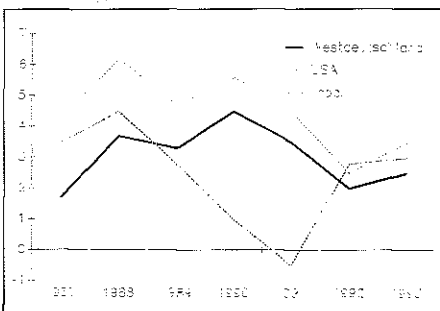
Die Prognosen des Wirtschaftswachstums werden 1991 für die OECD insgesamt geringfügig — auf +1¼% — angehoben und bleiben für OECD-Europa unverändert (ebenfalls +1¼%), 1992 (+2½%) und 1993 (+3%) dürfte sich das BIP-Wachstum in den Industrieländern beschleunigen.

Inflation bleibt gedämpft

Neben dem konjunkturbedingten Nachfragerückgang in den meisten Industrieländern dämpfte vor allem das rasche Ende des Golfkrieges den Preisauftrieb. Fallende Erdöl- und damit Importpreise drückten die Inflationsrate (gemessen an der Vorjahresveränderung der Verbraucherpreise) der OECD insgesamt von fast 7% im I. Quartal 1991 auf rund 6% im III. Quartal (ohne Türkei — Inflationsrate derzeit 70% — ist die Inflationsrate jeweils um rund 1 Prozentpunkt niedriger). Während in den USA in Japan und in den meisten Ländern Europas die Preisberuhigung bis in den

Wirtschaftswachstum *Abbildung 1*
der „Triade“

Reale Veränderung des BIP in %



gen (Übersicht 1) Trotz eines gegenläufigen Konjunkturverlaufs wird das Wirtschaftswachstum der Triade (USA, Japan und Westdeutschland) 1992 und 1993 wieder konvergieren (Abbildung 1).

Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich durch die im Vorjahr einsetzende Wachstumsrezession deutlich verschlechtert. Zum ersten Mal seit 1982 ging die Zahl der Beschäftigten

Arbeitslosenquote und Inflation

Übersicht 2

	Arbeitslosenquote ¹⁾				Verbraucherpreise ²⁾			
	1990	1991	1992	1993	1990	1991	1992	1993
	in %				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
USA	5,5	6,8	6,5	6,0	+ 5,4	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,0
Japan	2,1	2,3	2,3	2,3	+ 3,1	+ 3,5	+ 2,5	+ 2,5
BRD (Westdeutschland ³⁾)	5,1	4,5	4,5	4,5	+ 2,7	+ 3,5	+ 4,0	+ 4,0
Frankreich ³⁾	8,9	9,5	10,0	10,0	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,3
Italien ³⁾	11,2	11,3	11,3	11,0	+ 6,5	+ 6,5	+ 5,5	+ 5,3
Großbritannien ³⁾	5,8	8,8	10,0	9,8	+ 9,5	+ 6,5	+ 5,0	+ 5,0
Kanada	8,1	10,3	10,3	9,8	+ 4,8	+ 6,0	+ 4,0	+ 3,5
Große Industrieländer	5,6	6,5	6,5	6,3	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,8
Spanien ³⁾	16,3	15,5	15,0	14,5	+ 6,7	+ 6,0	+ 5,5	+ 5,0
Niederlande ³⁾	7,5	7,0	7,5	7,3	+ 2,5	+ 3,8	+ 3,8	+ 4,0
Australien	6,9	9,5	10,0	10,0	+ 7,3	+ 5,0	+ 4,5	+ 5,3
Schweiz	0,6	1,0	1,3	1,0	+ 5,4	+ 6,0	+ 4,0	+ 3,5
Schweden	1,5	3,0	4,3	4,3	+ 10,5	+ 9,8	+ 4,0	+ 4,5
Belgien ³⁾	7,3	8,0	8,3	8,3	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0
Österreich	4,7	5,1	5,4	5,5	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,5
Dänemark ³⁾	9,6	10,3	10,0	9,5	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5
Finnland	3,4	7,5	9,0	9,0	+ 6,1	+ 4,3	+ 3,3	+ 3,0
Norwegen	5,2	5,3	4,8	4,3	+ 4,1	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,5
Türkei	10,4	11,5	13,3	13,5	+ 50,6	+ 65,0	+ 70,0	+ 70,0
Griechenland ³⁾	7,2	8,5	9,8	11,0	+ 20,4	+ 19,3	+ 14,0	+ 11,0
Portugal ³⁾	4,6	4,0	4,3	4,8	+ 13,4	+ 12,0	+ 11,0	+ 10,5
Neuseeland	7,8	10,5	11,5	11,8	+ 6,1	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3
Irland ³⁾	14,0	15,8	15,5	15,3	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,0	+ 3,0
Luxemburg ³⁾	1,0	1,3	1,3	1,0	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,3
Island	1,7	2,0	2,5	2,0	+ 15,6	+ 6,5	+ 7,0	+ 8,5
Kleine Industrieländer	8,7	9,5	10,0	10,0	+ 12,1	+ 13,5	+ 13,3	+ 13,0
OECD insgesamt	6,1	7,0	7,0	6,8	+ 6,3	+ 6,0	+ 5,5	+ 5,5
OECD-Europa	8,1	8,5	9,0	8,8	+ 8,5	+ 8,8	+ 8,5	+ 8,3
EG	8,4	8,8	9,0	8,8	+ 5,7	+ 5,3	+ 4,8	+ 4,5
EFTA	2,6	3,8	4,3	4,3	+ 6,1	+ 5,8	+ 3,8	+ 3,5

Q: OECD, IMF, EG, nationale und eigene Schätzungen. — ¹⁾ In Prozent der Erwerbspersonen — ²⁾ Neue Gewichtung mit Anteilen am privaten Konsum in Kaufkraftparitäten; Inflationsrate ohne Türkei: OECD insgesamt 1990 + 5,2% (OECD-Europa + 5,7%), 1991 + 4,8% (+ 5,3%), 1992 + 4,0% (+ 4,8%) und 1993 + 4,0% (+ 4,5%). — ³⁾ Berechnung der Arbeitslosenquote auf Basis der EG-Arbeitskräfteerhebung siehe „Methoden und Definitionen der Arbeitskräfteerhebung“ Eurostat 1988

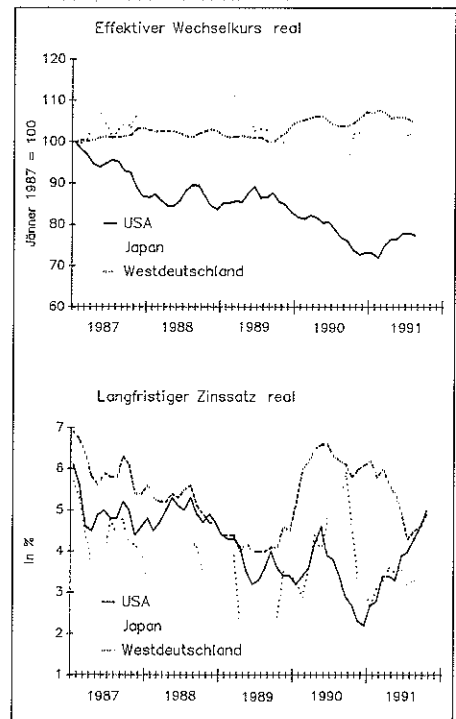
Herbst anhielt, kam es in einigen kleineren europäischen Staaten (Niederlande, Österreich) gegen Jahresmitte zu einer Wende. Die enge Bindung ihrer Währung an die DM dürfte den Preisauftrieb in der Bundesrepublik Deutschland (wegen der Erhöhung ei-

niger Verbrauchsteuern) auch auf sie übertragen haben

Angesichts eines mäßigen Kostenauftriebs (Arbeitskosten, Erdölpreise, sonstige Rohwarenpreise) und einer trägen Konjunkturerholung dürfte sich die Inflationsrate in den In-

Wechselkurse und Zinsentwicklung der „Triade“

Abbildung 2



dustrielländern 1992 und 1993 weiter leicht zurückbilden (Übersicht 2)

Das Sinken der Rohwarenpreise im 1. Halbjahr 1991 war vom Rückgang der Erdölpreise nach dem Golfkrieg dominiert, aber auch die Preise für nicht-energetischen Rohstoffe gaben im Zuge des weltweiten Nachfragerückgangs stark nach. Die Arbeitsgruppe „Rohstoffpreise“ der Vereinigung Europäischer Konjunkturfor-

Entwicklung der Weltmarktrohstoffpreise

Übersicht 3

HWWA-Index

	Gewicht in %	1990	1991	1992
		Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Insgesamt	100,0	+ 17	- 13	- 1
Ohne Energierohstoffe	36,8	+ 2	- 9	+ 1
Nahrungs- und Genußmittel	15,9	- 9	- 7	+ 3
Getreide	4,6	- 10	- 6	± 0
Ölsaaten, Öle	2,9	- 12	- 3	+ 3
Genußmittel Zucker	8,4	- 8	- 9	+ 4
Industrierohstoffe	20,9	+ 4	- 11	- 1
Agrarische Industrierohstoffe	10,2	+ 10	- 14	- 4
NE-Metalle	6,1	- 10	- 15	+ 2
Eisenerz Schrott	4,6	+ 16	+ 3	+ 3
Energierohstoffe	63,2	+ 27	- 15	- 1
Kohle	5,5	+ 12	- 4	+ 4
Rohöl	57,7	+ 28	- 15	- 2

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg; auf Dollarbasis gewichtet mit Warenimporten der Industrieländer Prognose 1991 1992: AIECE Arbeitsgruppe für Weltmarktpreise

Die Stabilisierung der Rohwaren- und Erdölpreise sowie die gedämpfte Nachfrage haben das Inflationsproblem auf kürzere Sicht entschärft. Die wenig expansiven Auftriebskräfte in den Industrieländern werden auch 1992 und 1993 einen nur mäßigen Preisauftrieb gewährleisten.

schungsinstitute (AIECE) nimmt an, daß die Rohwarenpreise (ohne Energierohstoffe, auf Dollarbasis) 1991 um 9% sinken und 1992 um nur 1% steigen werden (Übersicht 3) Aufgrund der jüngsten Marktlage und der Ankündigung der OPEC, ihre Förderquoten im IV Quartal 1991 und im I. Quartal 1992 um 1 Mill. auf 23,65 Mill. Barrel pro Tag zu erhöhen geht das WiFO von folgender Entwicklung der Erölpreise (OECD-Im-

Entwicklung des Welthandels

Übersicht 4

	1990	1991	1992	1993
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Welthandel, real	+ 5½	+ 3%	+ 6%	+ 7
Industrielländer				
Exporte	+ 5	+ 2¼	+ 6%	+ 7
Importe	+ 5	+ 3¼	+ 6%	+ 6½
Intra-OECD-Handel (Ø Exporte/Importe)	+ 5	+ 2%	+ 6%	+ 6½
OPEC				
Exporte	+ 4½	- 1%	+ 3	+ 4¼
Importe	- 2¾	+ 5½	+ 8	+ 11½
Sonstige Entwicklungsländer				
Exporte	+ 6½	+ 6%	+ 7½	+ 7½
Importe	+ 6¼	+ 7¼	+ 7½	+ 7½
Osteuropa und UdSSR				
Exporte	- ½	- 2½	+ 2	+ 4
Importe	+ 12%	- 12½	+ 5	+ 11%
Leistungsbilanzsaldo				
OECD-Länder	- 100	- 18	- 50	- 48
USA	- 92	- 4	- 61	- 64
Japan	+ 35	+ 68	+ 77	+ 79
BRD ¹⁾	+ 48	- 17	- 9	- 7
OECD-Europa	- 9	- 52	- 37	- 32
OPEC-Länder	+ 17	- 44	- 16	- 20
Sonstige Entwicklungsländer	- 18	- 31	- 31	- 30
Osteuropa und UdSSR	- 9	- 4	- 8	- 13
Welt ²⁾	- 110	- 97	- 105	- 111

Q: OECD, AIECE IMF - ¹⁾ Ab 2. Halbjahr 1990 einschließlich ehemalige DDR. - ²⁾ Welt (= Statistische Differenz) = OECD + OPEC + Sonstige Entwicklungsländer (Nicht-OPEC) + Staatshandelsländer

Anwachsen auf 61 bzw 64 Mrd \$ erwartet In der Bundesrepublik Deutschland ist die Saldendrehung — von einem Überschuß von 48 Mrd \$ 1990 in ein Defizit von 17 Mrd. \$ 1991 und 9 bzw 7 Mrd \$ 1992 und 1993 — überwiegend auf die Berücksichtigung Ostdeutschlands (Ausfall der

Die ausländischen Direktinvestitionen der wichtigsten Industrieländer haben seit Mitte der achtziger Jahre kräftig zugenommen. Darin spiegelt sich zum Teil der internationale Konjunkturaufschwung. Die Direktinvestitionen wuchsen zwischen 1985 und 1990 (im Durchschnitt + 34% pro Jahr) real rascher als das BIP und der Welthandel. Motor dieser Entwicklung in Europa war die Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt.

Ostexporte, sprunghafter Anstieg der Importe) zurückzuführen Lediglich in Japan wächst der Überschuß weiter (Übersicht 4 Abbildung 3)

portpreis) aus: 1990 21 3 \$ je Barrel, 1991 18¼ \$, 1992 18½ \$, 1993 19 \$

Welthandel gewinnt an Dynamik

Mit der Abschwächung der Weltkonjunktur verlangsamte sich das Wachstum des Welthandels von rund +6% (1. Halbjahr 1990) auf +3½% (2. Halbjahr 1990) und +3% (1. Halbjahr 1991) Jene Länder, die sich in der Rezession befinden (USA, Kanada, Australien, Finnland, Schweden) verzeichneten einen kräftigen Importrückgang Aufgrund ihrer — bedingt durch die Wiedervereinigung — hohen Importnachfrage blieb die Bundesrepublik Deutschland auch heuer der Konjunkturmotor in Mitteleuropa In der Verlangsamung der Exportdynamik der Nicht-OECD-Länder spie-

geln sich die schwächere Nachfrage in den Industriestaaten, der Ausfall der Erdölexporte der UdSSR und der Rückgang der OPEC-Exporte Sehr dynamisch entwickelte sich die Importnachfrage in den Schwellenländern Asiens und — wegen des großen Reparaturbedarfs — in der Golfregion Nach der Auflösung des RGW ist der Intra-RGW-Handel nahezu zusammengebrochen

Entsprechend dem erwarteten Konjunkturverlauf in den Industrieländern dürfte sich der Welthandel im 2. Halbjahr 1991 etwas erholen (+4,5%), dieser Trend wird sich 1992 (+6½%) und 1993 (+7%) festigen (Übersicht 4). Die Welthandelsprognosen des IMF weisen insgesamt eine schwächere Dynamik auf (1990 +4,2% 1991 +1% 1992 +4¼%), da sie auch den Intra-RGW-Handel mitberücksichtigen (IMF, 1991) Dank der deutschen Wiedervereinigung und Transferleistungen der BRD und Japans an die USA (zur Deckung der Kosten aus dem Golfkrieg) wurden die bisher gravierenden Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen zwischen den drei wichtigsten Welthandelsländern USA, Japan und BRD — zumindest teilweise und kurzfristig — aufgehoben In den USA sinkt das Defizit der Leistungsbilanz von 92 Mrd. \$ (1990) auf 4 Mrd \$ (1991) Für 1992 und 1993 allerdings wird wieder ein

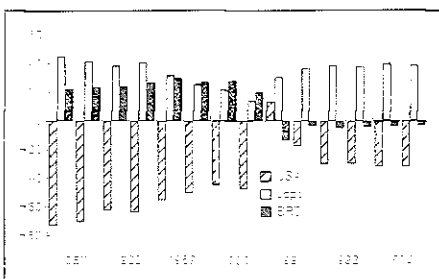
Schleppender Aufschwung in den USA

Der Konjunkturaufschwung läßt in den USA auf sich warten Nach dem Ende der Rezessionsphase (drei Quartale hindurch negative Wachstumsraten: IV. Quartal 1990 -1,6%, I. Quartal 1991 -2,8%, II. Quartal 1991 -0,5%) nahm das reale BNP im III. Quartal um 2,0% zu Aufgrund des raschen Endes des Golfkrieges war die Stimmung kurzfristig euphorisch. Dies spiegelte sich in einer deutlichen Kurssteigerung des Dollars, einer Erholung der Aktienbörsen und einem gefestigten Vertrauen von Konsumenten und Investoren Auch die Industrieproduktion hatte sich nach ihrem Tiefpunkt im April 1991 wieder belebt Seit dem Sommer allerdings ist die

Leistungsbilanzsalden der „Triade“

Abbildung 3

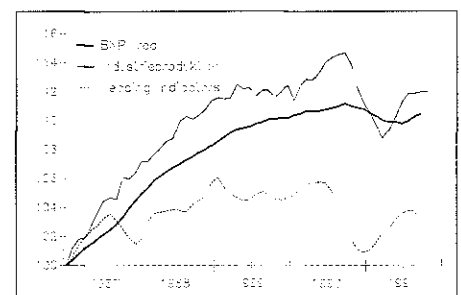
Saisonbereinigt, in Mrd. \$



USA

Abbildung 4

Wirtschaftsindikatoren saisonbereinigt, Jänner 1987 = 100



Wirtschaftszahlen der USA

Übersicht 5

	1990	1991	1992	1993
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real			
Privater Konsum	+0,9	+0,5	+2,5	+2,8
Öffentliche Ausgaben	+2,8	+1,5	-0,5	-0,5
Brutto-Anlageinvestitionen	-0,1	-5,5	+8,0	+9,0
Wohnungs- und Hausbau	-5,4	-12,3	+13,0	+12,0
Übrige Investitionen	+1,8	-2,5	+6,5	+8,0
Inländische Endnachfrage	+1,1	-0,5	+2,8	+3,0
Lagerbildung ¹⁾	-0,7	-0,5	+0,8	+0,3
Gesamte Inlandsnachfrage	+0,5	-1,0	+3,5	+3,3
Exporte i w S	+6,4	+4,8	+7,0	+7,5
Waren	+8,5	+8,0	+9,3	+9,0
Importe i w S	+2,8	+1,5	+9,8	+7,3
Waren	+3,5	+3,2	+10,8	+7,5
Außenbeitrag ¹⁾	+0,5	+0,5	-0,3	-0,3
Brutto-Nationalprodukt	+1,0	-0,5	+2,8	+3,0
Deflator	+4,1	+4,0	+3,5	+3,0
Nominell	+5,1	+3,8	+6,8	+6,5
Produktivität				
BNP je Erwerbstätigen	+0,5	± 0,0	+1,0	+1,0

Q: OECD, IMF, nationale und eigene Schätzungen — ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

Zahl der Auftragseingänge wieder rückläufig. Die Saldendrehung in der Leistungsbilanz (von einem Defizit im 2. Halbjahr 1990 in einen Überschuß im 1. Halbjahr 1991) geht im wesentlichen auf die Transfers zurück, die Japan, die Bundesrepublik Deutschland und die Golfstaaten an die USA zahlen mußten (Abbildung 1). Die Inflationsbeschleunigung klang infolge des Verfalls der Erdölpreise deutlich ab. Nach einer Zunahme der Jahresteuern im September hat sich der Auftrieb der Verbraucherpreise im Oktober wieder verlangsamt. Die anhaltende Kaufzurückhaltung der Konsumenten erklärt sich aus der relativ hohen Überschuldung. Die Industrieproduktion stagnierte im Oktober, nachdem sie im September leicht expandiert hatte. Dies dürfte eine Reaktion auf den deutlichen Lageraufbau im September gewesen sein. Zum ersten Mal seit acht Monaten fielen die vorausseilenden Indikatoren im September. Im Oktober stieg die Arbeitslosenquote wieder (6,8%).

Angesichts der anhaltenden Konjunkturlaute hat die Notenbank Anfang November den Diskontsatz um ½ Prozentpunkt auf 4,5% und den Zielsatz für die Federal Funds Rate um ¼ Prozentpunkt auf 4,75% gesenkt. In der Folge nahmen die Großbanken die Prime Rate von 8% auf 7,5% zurück. Damit wurde der Leitzins auf das niedrigste Niveau seit der Periode Dezember 1971 bis Jänner 1973 gesenkt.

Wegen des hohen Staatsdefizites blieb der Fiskalpolitik kein großer Ma-

növrierenspielraum. Dennoch werden zur Ankurbelung der Wirtschaft Maßnahmen zur Steuersenkung (Kapitalgewinnsteuer, Steueranreize für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, Abzüge für Pensionskassenbeiträge u. ä.) diskutiert. Man überlegt für deren Finanzierung, die Rüstungsausgaben um 5% zu kürzen.

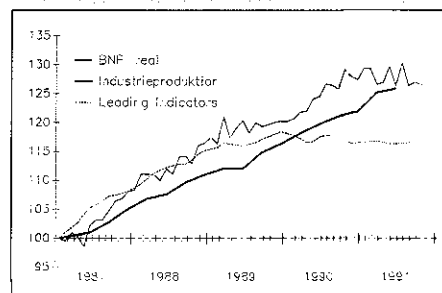
Da die aktuelle Wirtschaftslage getrübt ist und die Lockerung der Geldpolitik erst allmählich wirken dürfte, wird mit einem nur schleppenden Aufschwung im kommenden Jahr gerechnet. Das Wirtschaftswachstum dürfte sich von 2,8% (1992) auf 3% (1993) beschleunigen. Hauptimpulse werden von den Wohnungs- und Hausbauinvestitionen und vom privaten Konsum erwartet. Der Hausbau befand sich seit über zwei Jahren in einer tiefen Krise. Der Konsum stagnierte. Inflation und Arbeitslosigkeit werden die Konjunktur nur wenig belasten. Das Defizit in der Leistungsbilanz wird wieder zunehmen. Hindernisse für ein kräftigeres Wirtschaftswachstum sind sowohl der — aufgrund kaum verringerter Staatsdefizite (im Fiskaljahr 1990/91 erreichte das Haushaltsdefizit einen Rekordwert von 268,7 Mrd \$) — geringe Handlungsspielraum der Fiskalpolitik und die Probleme im Bankensektor sowie die hohe Verschuldung privater Haushalte und Unternehmen.

Die Dynamik der japanischen Wirtschaft wurde heuer deutlich gebremst. Das Wachstum des realen BNP verlangsamte sich von +11,2% im I. Quartal 1991 auf +2,8% im

Japan

Abbildung 5

Wirtschaftsindikatoren saisonbereinigt, Jänner 1987 = 100



II. Quartal. Für das III. Quartal wird eine Wachstumsrate von 1½% erwartet. Im ersten Jahresviertel 1991 expandierte die Industrieproduktion noch um 5,9%. Im III. Quartal um nur noch 1,1%. Im Oktober ging sie absolut zurück. Eine stabile öffentliche und private Konsumnachfrage milderte die dämpfenden Einflüsse der nachlassenden privaten Investitions-

Ende der Hochkonjunktur in Japan

nachfrage. Im Zuge des abgeschwächten Wachstums des Welthandels hat auch der Export deutlich weniger zugenommen. Der noch schwächere Anstieg des Imports trug dazu bei, daß der Überschuß in der Leistungsbilanz (trotz Transferzahlungen für den Golfkrieg) zunahm (Abbildung 3). Hinweise darauf, daß sich Japans Wirtschaft in einer rezessionsähnlichen Situation befindet, gibt nicht so sehr die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, sondern vor allem die rasch zunehmende Zahl der Insolvenzen. Nach der Lockerung der Geldpolitik in den USA hat auch Japan den Diskontsatz um ½ Prozentpunkt auf 5% gesenkt (er war bereits im Juli um ½ Prozentpunkt herabgesetzt worden). Durch die von den USA als „handelspolitische Maßnahme“ aufgezwungene „Structural Impediment Initiative“ (SII) dürfte in Japan im Budget 1992 erstmals der Anteil der öffentlichen Investitionen am BNP steigen, nachdem er in den achtziger Jahren stetig zurückgegangen war. Mittelfristiges Ziel der Fiskalpolitik ist der Abbau der Verschuldung.

Japan muß sich auf eine „sanfte Landung“ seiner Konjunktur — von einem Wirtschaftswachstum von 4½% 1991 auf 2½% 1992 — vorbereiten.

Wirtschaftszahlen Japans

Übersicht 6

	1990	1991	1992	1993
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real			
Privater Konsum	+ 4,0	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,8
Öffentlicher Konsum	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 10,9	+ 4,0	+ 1,8	+ 4,3
Inländische Endnachfrage	+ 6,0	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,8
Lagerbildung ¹⁾	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	+ 5,8	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,8
Exporte i w S	+ 10,9	+ 5,5	+ 4,0	+ 5,3
Waren	+ 5,5	+ 3,0	+ 6,8	+ 6,0
Importe i w S	+ 11,9	- 1,5	+ 5,3	+ 5,8
Waren	+ 6,0	+ 3,0	+ 6,5	+ 6,8
Außenbeitrag ¹⁾	- 0,2	+ 1,3	- 0,2	- 0,1
Brutto-Nationalprodukt	+ 5,6	+ 4,5	+ 2,5	+ 3,5
Deflator	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Nomineell	+ 7,6	+ 6,8	+ 4,5	+ 5,5
Produktivität				
BNP je Erwerbstätigen	+ 3,6	+ 2,5	+ 1,0	+ 2,3

Q: OECD IMF, nationale und eigene Schätzungen - ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Nationalproduktes in Prozentpunkten

Der zunehmende Überschub in der Leistungsbilanz läßt handelspolitische Friktionen mit den USA und der EG befürchten. Zudem verengen sinkende Steuereinnahmen den fiskalpolitischen Spielraum der Regierung. Erst im Verlauf des kommenden Jahres wird eine Wende erwartet, die 1993 in ein Wachstum von 3½% münden soll.

Europa — deutsche Wiedervereinigung, Binnenmarkt und Migration

Die Situation der Konjunktur wird in Europa derzeit von drei Faktoren geprägt:

- von der deutschen Wiedervereinigung,
- der Vorbereitung auf den Binnenmarkt und
- der Migration von Ost- nach Westeuropa.

Die *deutsche Wiedervereinigung* stimulierte nicht nur die westdeutsche Wirtschaft, sondern auch jene der mit ihr am engsten verflochtenen mitteleuropäischen Staaten. Seit der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion (WWS) am 1. Juli 1990 leistete West- an Ostdeutschland Transfers von ungefähr 130 Mrd DM. Infolge zusätzlicher Nachfrage Ostdeutschlands floß ein Betrag in etwa dersel-

ben Höhe nach Westdeutschland zurück (Westdeutschland „exportierte“ nach Ostdeutschland). Da die Kapazitäten in Westdeutschland ausgelastet waren, wurde ein Teil der zusätzlichen Nachfrage durch Importe Westdeutschlands aus dem Ausland gedeckt. Die Modellberechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin (*DIW* 1991, *Horn - Scheremet - Zwiener*, 1991) mit dem Weltmodell der EG-Kommission (Quest) ergaben folgende Effekte der Wiedervereinigung: Mehr als die Hälfte des realen Anstiegs des Brutto-Sozialproduktes in Westdeutschland im ersten Jahr nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion (2,3 Prozentpunkte) gründet auf den Nachfrageeffekten der Wiedervereinigung. In den kommenden Jahren wird der Impuls etwas abflachen und mittelfristig (durch höhere Bevölkerungszunahme) wieder etwas stärker werden. In dieser Rechnung wird unterstellt, daß durch den zusätzlichen Kapitalbedarf die realen langfristigen Zinssätze in Deutschland und in den übrigen EG-Ländern kurzfristig um 1 Prozentpunkt steigen³⁾. Während die Zinsen in Deutschland auf dem höheren Niveau verharren, sinken sie in den anderen Ländern wieder. Durch das zunehmende Zins-

differential zwischen Deutschland und den USA werden die DM und andere EWS-Währungen kurzfristig aufgewertet. Neben Deutschland ist der Wachstumsimpuls aus der Wiedervereinigung in Österreich (kurzfristiger Wachstumsbeitrag der Wiedervereinigung: BIP real + 1,5 Prozentpunkte) und Großbritannien (BIP real + 0,6 Prozentpunkte) am kräftigsten. In den übrigen erfaßten Ländern erreicht der kurzfristige Wiedervereinigungseffekt nicht mehr als ¼ Prozentpunkt des realen BIP.

Die EG steht vor immer größeren Herausforderungen. Der *Binnenmarkt* muß 1993 in Kraft treten, und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)⁴⁾ sowie die Politische Union sollen gleichzeitig verwirklicht werden (Regierungskonferenzen im Dezember 1991). Nach den revolutionären Entwicklungen in Osteuropa drängen nun auch die osteuropäischen Länder in die EG. Zudem streben immer mehr EFTA-Staaten die EG-Mitgliedschaft an (Österreich stellte im Juli 1989 einen Beitrittsantrag, Schweden im Juli 1991, andere EFTA-Staaten werden diesem Beispiel bald folgen). Am 21. Oktober 1991 wurde ein Grundsatzbeschuß zur Errichtung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) mit 1. Jänner 1993 gefaßt. Einerseits stimuliert die Vorbereitung auf den Binnenmarkt die Investitionsaktivitäten in Europa (national und international durch ausländische Direktinvestitionen) und damit das Wirtschaftswachstum in der EG bereits seit 1988. Andererseits wird vom Inkrafttreten des EWR ein zusätzlicher Integrationseffekt — höheres Wachstum und Zunahme der Wohlfahrt — in EG und EFTA erwartet. Die relativ strengen Qualifikationskriterien für einen Beitritt zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion könnten bewirken, daß jene Länder der EG, die diese Anforderungen noch nicht erfüllen (Belgien, Italien, Portugal, Griechenland), zu einer sehr restriktiven Wirtschaftspoli-

³⁾ In einer Simulation der Effekte des zusätzlichen Kapitalbedarfs für die deutsche Wiedervereinigung (55 Mrd \$ pro Jahr 1992/1996), für den Wiederaufbau Kuwaits (12 Mrd \$ pro Jahr) und für Osteuropa bzw. die UdSSR (33 Mrd \$ pro Jahr) mit dem MULTIMOD-Weltmodell kommt der IMF zu dem Ergebnis, daß das reale BIP durch den Anstieg der realen langfristigen Zinsen bis 1996 (rund + ½% pro Jahr in den Industrieländern bzw. + 2% pro Jahr in Deutschland) in den großen Industrieländern um ½% pro Jahr gedämpft, in Westdeutschland hingegen um ½% pro Jahr - infolge der zusätzlichen Nachfrage Ostdeutschlands - stimuliert wird (IMF 1991).

⁴⁾ Der niederländische Entwurf für eine *Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)* enthält vier Qualifikationskriterien, die ein Land für den Übergang in die dritte Stufe der Union (einheitliche EG-Währung) erfüllen muß: Die Inflationsrate darf höchstens um 1,5 Prozentpunkte vom Durchschnitt der drei preisstabilsten Länder abweichen (das entspricht derzeit einer Inflationsrate von 4¼%). Die jährliche Neuverschuldung des Staates darf bis höchstens 3% des BIP erreichen. Die gesamte Staatsverschuldung ist auf 60% des BIP beschränkt. Die Differenz der langfristigen Zinssätze zum Durchschnittswert der drei Länder mit den tiefsten Zinssätzen darf nicht mehr als 2 Prozentpunkte betragen (das entspricht derzeit einer Marke von 10¼%).

tik gezwungen werden. Mittelfristig könnte daher das Wirtschaftswachstum eines Teiles der EG gedämpft bleiben.

Im Zuge der Liberalisierung in Osteuropa wird die *Migration* zur zentralen Herausforderung für Westeuropa. Die Kluft in Europa zwischen dem „armen Osten“ und dem „reichen Westen“ induziert eine Wanderungsbewegung in den Westen. Davon sind die einzelnen westeuropäischen Länder unterschiedlich stark betroffen. In den angrenzenden Ländern verursacht dieser Migrationsprozeß eine Aufblähung des Arbeitsangebotes (mit legalen und illegalen Arbeitskräften) und damit Arbeitslosigkeit.

Im folgenden werden die europäischen Industriestaaten nach ihrer gegenwärtigen Position im Konjunkturzyklus gereiht. Mißt man die Konjunkturschwankungen an den Veränderungen des realen BIP in Prozent (Wirtschaftswachstum), so kann man fünf Gruppen unterscheiden:

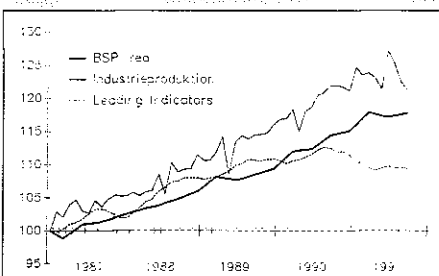
- Länder im Sog der deutschen Wiedervereinigung,
- Länder mit schwachem Aufwärtstrend,
- Länder im Konjunkturabschwung,
- Länder in der Rezession,
- Länder im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft

Länder im Sog der deutschen Wiedervereinigung

Die deutsche Wiedervereinigung löste eine der wichtigsten politischen und ökonomischen Veränderungen in Europa aus. Wie die oben erwähnten Modellsimulationen zeigten, wirkte sie sich auf Westdeutschland und seine Haupthandelspartner positiv aus. Am meisten profitierten offenbar *Westdeutschland, Österreich, Belgien* und die *Niederlande*. Kriterien für diese Zuordnung waren, daß in jedem die-

Westdeutschland Abbildung 6

Wirtschaftsindikatoren saisonbereinigt, Jänner 1987 = 100



ser Länder das BIP 1990 real rascher bzw. nicht nennenswert langsamer als im Vorjahr und stärker als im Durchschnitt von OECD-Europa gestiegen war (+2,8%). Österreich und Westdeutschland lagen mit einem Wirtschaftswachstum von 4½% (1990) an der Spitze, vor den Niederlanden (+3,9%) und Belgien (+3,5%). Aufgrund der Sonderkonjunktur 1990 verzögert sich in diesen Ländern der Konjunkturabschwung. Heuer wurden alle vier Länder von der Verlangsamung des Wachstums erfaßt (am schwächsten Deutschland und am stärksten Belgien). Während die Wirtschaft anderer Industrieländer 1992 bereits wieder einen Aufschwung erlebt, wird sie in dieser Ländergruppe (ausgenommen Belgien) den Tiefpunkt erst 1992 erreichen.

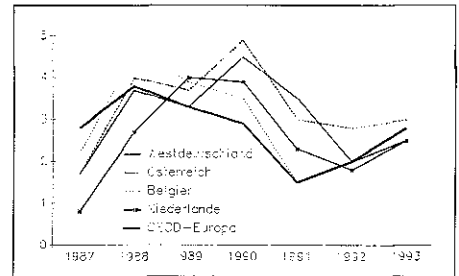
Langsame Konjunkturabschwächung in Westdeutschland

Die Bundesrepublik Deutschland wurde oft von internationalen Organisationen (OECD, IMF) aufgefordert, die Rolle der „Wachstumslokomotive“ zu übernehmen. Bisher konnte sie diese Forderung immer abweisen. Durch die Wiedervereinigung wurde Deutschland jedoch automatisch zum Wachstumszentrum in Europa. Diese neue Herausforderung läßt sich am besten aus der Entwicklung der Leistungsbilanz ablesen (seit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 weist die Deutsche Bundesbank die Leistungsbilanz für Gesamtdeutschland aus). Nach Jahren steigender Überschüsse (Höhepunkt war 1989 mit +107,6 Mrd DM bzw. 4,8% des BNP) verursachte die Wiedervereinigung eine Drehung des Saldos (1990 +77,4 Mrd DM, 1991 -35 Mrd DM, 1992 -25 Mrd DM). Anfang 1991 belasteten Transferzahlungen an die USA (Kosten des Golfkrieges) die Leistungsbilanz zusätzlich. West- und Ostdeutschland werden ökonomisch immer noch getrennt analysiert (vor allem in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Daher beleuchtet das WIFO zunächst die Wirtschaftslage Westdeutschlands. Ostdeutschland wird im Abschnitt „Länder im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft“ behandelt.

Dank der überwiegend durch Transfers vom Westen finanzierten

Länder im Sog der deutschen Wiedervereinigung Abbildung 7

Reale Veränderung des BIP in %



zusätzlichen Nachfrage in Ostdeutschland konnte die westdeutsche Wirtschaft ihr hohes Wachstumstempo von 1990 (reales BSP +4,5%) auch im 1. Halbjahr 1991 halten (III. Quartal +2,4%). Im II. Quartal jedoch trat eine Abschwächung ein, die über den Sommer anhielt. Die Industrieproduktion ging im August stark im September etwas weniger kräftig zurück und übertraf das Vorjahresniveau im Zwei-monatsvergleich um nur ½%. Auch der abnehmende Auftragseingang, besonders aus dem Inland, bestätigte den gegenwärtigen Abwärtstrend. Der Arbeitsmarkt zeigt in Westdeutschland nur geringe Anzeichen einer Abschwächung. Von August bis Oktober erreichte die Arbeitslosenquote etwa 5½%. Die Zahl der Beschäftigten stieg bis in den Spätherbst.

Die Wirtschaftspolitik steht ganz unter dem Eindruck der Bewältigung der Finanzprobleme infolge der Wiedervereinigung. 1990 und im 1. Halbjahr 1991 war die Fiskalpolitik sehr expansiv gewesen. Seither hat sie einen restriktiven Kurs eingeschlagen. Mit 1. Juli 1991 wurde als „Solidaritätsbeitrag“ ein Zuschlag von 7,5% auf die Lohn- und Einkommensteuer begrenzt auf ein Jahr eingeführt. Ebenso wurde eine Reihe von Verbrauchsteuern angehoben (Mineralöl-, Versicherungssteuer, mit 1. März 1992 die Tabaksteuer). Für 1. Jänner 1993 wurde die Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer von derzeit 14% auf 15% beschlossen. Die Wiedereinführung einer Zinsertragsteuer („Zinsabschlag“ von 25% für Zinserträge über 6.000 DM pro Kopf) wurde durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtshofes zur gleichmäßigen fiskalischen Erfassung von Kapitaleinkünften notwendig. Das Staats-

Wirtschaftszahlen der BRD (Westdeutschland)

Übersicht 7

	1990	1991	1992	1993
	Veränderung gegen das Vorjahr in % real			
Privater Konsum	+ 4,7	+ 3,0	+ 2,0	+ 2,3
Öffentlicher Konsum	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,3
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 8,8	+ 6,5	+ 2,5	+ 4,0
Ausrüstungsinvestitionen	+ 12,9	+ 10,0	+ 4,0	+ 4,5
Bauinvestitionen	+ 5,2	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5
Inländische Endnachfrage	+ 5,1	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,5
Lagerbildung ¹⁾	± 0,0	- 0,0	- 0,0	± 0,0
Gesamte Inlandsnachfrage	+ 5,0	+ 3,3	+ 2,0	+ 2,5
Exporte i. w. S.	+ 9,9	+ 12,0	+ 5,5	+ 5,5
Waren ²⁾	+ 7,0	+ 9,0	+ 6,5	+ 5,0
Importe i. w. S.	+ 11,9	+ 12,5	+ 6,0	+ 5,8
Waren ²⁾	+ 11,5	+ 13,5	+ 5,5	+ 5,0
Außenbeitrag ¹⁾	- 0,4	+ 0,3	± 0,0	+ 0,0
Brutto-Sozialprodukt	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,0	+ 2,5
Deflator	+ 3,4	+ 4,5	+ 4,0	+ 4,0
Nominell	+ 8,0	+ 8,0	+ 6,0	+ 6,8
Produktivität				
BIP je Erwerbstätigen	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,5

Q: OECD Gemeinschaftsgutachten der fünf deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute. Sachverständigenrat - ¹⁾ Beitrag zum Wachstum des realen Brutto-Sozialproduktes in Prozentpunkten - ²⁾ Deutschland

defizit (Bund Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträger und Fonds „Deutsche Einheit“, aber ohne Kreditaufnahme der „Treuhandanstalt“) wird damit von 51 Mrd DM 1990 auf 90 Mrd DM 1991 bzw 95 Mrd DM 1992 steigen, von 2% des Brutto-Sozialproduktes auf 3%. In der Abgrenzung nach der Finanzstatistik (Darlehen und Beteiligungen werden hier den Ausgaben zugeordnet) wird das Defizit heuer 130 Mrd DM oder 4,6% des Brutto-Sozialproduktes erreichen und 1992 120 Mrd DM (4% des Brutto-Sozialproduktes)

Ein — aufgrund der Anhebung der Verbrauchsteuer — sich leicht beschleunigender Preisauftrieb, hohe Budgetdefizite und ein relativ kräftiges Lohnwachstum engen den Handlungsspielraum der Geldpolitik sehr ein. Alle Prognosen erwarten die Beibehaltung einer restriktiven Geldpolitik bis Mitte 1992. Daher werden die Zinssätze hoch bleiben. Die Deutsche Bundesbank hat den Diskontsatz in zwei Schritten angehoben (im Februar und im August), zuletzt um 1 Prozentpunkt auf 7,5%.

Die meisten Prognoseinstitute (auch die Gemeinschaftsprognose der fünf deutschen Konjunkturforschungsinstitute und die Prognose des Sachverständigenrates) erwarten daß die Konjunkturschwäche bis zur Jahreswende anhält. Danach wird die Belebung der Nachfrage aus dem Ausland die Produktion der Gesamtwirtschaft ankurbeln. Damit dürfte das reale Brutto-Sozialprodukt in Westdeutschland 1991 um 3,5%, 1992

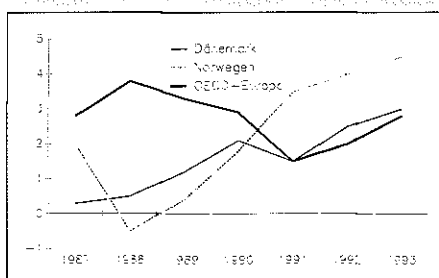
um 2% und 1993 um 2,5% wachsen. Die Arbeitslosenquote wird sich nach dem deutlichen Rückgang 1991 auf rund 6% stabilisieren. Die Inflationsrate wird nur leicht — auf 4% — steigen.

Länder mit schwachem Aufwärtstrend

Zwei skandinavische Länder — *Dänemark* und *Norwegen* — erlebten eine Sonderentwicklung. Sie waren bereits 1987 bzw 1988 in die Rezession geraten. *Dänemark* verfolgte eine sehr strenge Restriktionspolitik, um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Mit einer restriktiven Fiskalpolitik wurde dieses Ziel auch erreicht, das BIP aber ging infolge dieses „Austerity-Kurses“ 1987 real um 0,5% zurück. *Norwegen*, dessen Wirtschaftsstruktur sehr stark auf die Erdölindustrie ausgerichtet ist („dutch disease“) schlitterte als Folge des Erdölpreiserfalls 1986/87 in eine Rezession. 1988 blieb das BIP real um

Länder im schwachen Aufwärtstrend *Abbildung 8*

Reale Veränderung des BIP in %



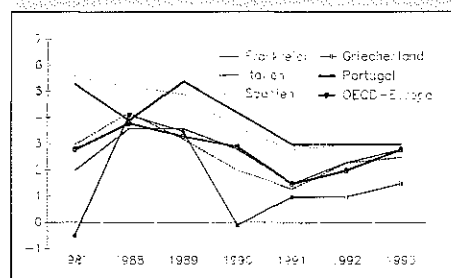
0,5% unter dem Niveau des Vorjahres. Seither folgt die Konjunktur in beiden Ländern einem stetigen, wenn auch flachen Wachstumspfad. *Dänemark* erwartet bis 1993 ein Wirtschaftswachstum von 3%, *Norwegen* sogar von +4,2% (Übersicht 1).

Länder im Konjunkturabschwung

Zu dieser Gruppe gehören fünf europäische Länder, die den Konjunkturrückgang entweder bereits 1987 (*Spanien* BIP real +5,5%), 1988 (*Griechenland* und *Italien* jeweils +4,1%, *Frankreich* +4,2%) bzw 1989 (*Portugal* +5,4%) überschritten und seither in einer Phase der leichten Abschwächung sind. In *Portugal* und *Spanien* gründen die überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten auf den positiven Integrationswirkungen ihres EG-Beitrittes 1986, die einen Investitionsboom auslösten. Mit der Öffnung der Grenzen stiegen aber auch die Importe, und die Leistungsbilanz verschlechterte sich daher (vor allem in *Spanien*). In *Griechenland*, *Italien* und *Portugal* werden die hohe Inflationsrate und das hohe Staatsdefizit zunehmend zu einer schweren Belastung für eine künftige Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. *Spanien* ist den für einen Beitritt notwendigen Stabilitätszielen näher als die anderen genannten Länder. Zwar hatte *Frankreich* sicher auch von der deutschen Wiedervereinigung kurzfristig — durch vermehrte Exporte nach Deutschland — profitiert, dieser Impuls reichte aber nicht aus, den leichten Konjunkturabschwung aufzuhalten. In bezug auf die Preisstabilität liegt *Frankreich* seit der engen Bindung des Franc an die DM im europäischen Spitzenfeld. Gemessen an allen vier Kriterien für eine

Länder im Konjunkturabschwung *Abbildung 9*

Reale Veränderung des BIP in %



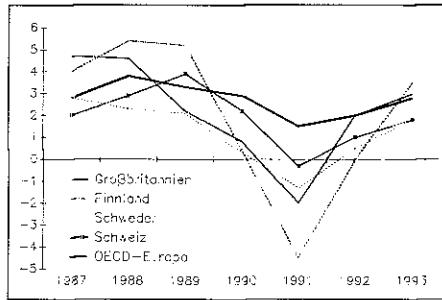
Mitgliedschaft in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wäre Frankreich ein idealer Kandidat. Ihren Konjunkturtiefpunkt erreichen die Länder dieser Gruppe 1991 (Portugal bereits 1990), in der Folge ist wieder mit einer Aufwärtsentwicklung zu rechnen.

Länder in der Rezession

In Großbritannien, Finnland, Schweden und der Schweiz war die Wirtschaft 1990 – jeweils aus verschiedenen Gründen – langsamer gewachsen als im Durchschnitt der europäischen OECD-Länder. Heuer mündete der Abschwung in eine Rezession, die in Finnland am deutlichsten und in der Schweiz am schwächsten ausgeprägt ist. In allen Ländern ging das BIP 1991 real zurück: in Finnland um 4½%, in Großbritannien um 2%, in Schweden um 1¼% und in der Schweiz um ¼%. Zwar konnten die genannten Länder ihre Exporte nach Deutschland seit Mitte 1990 ebenfalls stark ausweiten, doch überwogen die negativen Einflüsse der restlichen Komponenten der Exportnachfrage, da die Handelsströme dieser Länder traditionell eher auf Märkte ausgerichtet sind, die ebenfalls in der Rezession sind (Großbritannien auf Nordamerika, die skandinavischen Länder auf Großbritannien). In Großbritannien ist die Rezession zum Teil auch auf eine restriktive Geldpolitik zurückzuführen. Der Preisauftrieb wurde dadurch deutlich gebremst (Inflationsrate Oktober 3¼%). Nach einem Rückgang im August expandierte die Industrieproduktion im September leicht. Das BIP stieg im III Quartal real um 0,3%. Dies und die nur geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit im Oktober werden als Signale für das Ende der Rezession gewertet. In Schweden folgte die Wirtschaft seit Mitte der achtziger Jahre einem flachen Wachstumspfad (BIP im Durchschnitt +2½%).

Seit 1990 jedoch befindet sich dieses Land in einer Rezession. Das Niveau der Industrieproduktion liegt um rund 10% unter dem Wert von 1989. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit ist geschwunden. Schwedische Unternehmen investieren überwiegend im Ausland und weniger im Inland. Das steigende Defizit der Lei-

Länder in der Rezession Abbildung 10
Reale Veränderung des BIP in %



stungsbilanz und ein im Vergleich zu den Konkurrenzländern rascherer Lohn- und Preisauftrieb verschärften den Druck auf die Krone, also stiegen die Zinsen. Seit Mai 1991 ist Schwedens Währung an den ECU gekoppelt. Dies ist als Vorleistung für den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG im Juli 1991 zu sehen. Die Wirtschaft darf einen nur mäßigen Aufschwung erwarten.

Für Finnland ist mit der Auflösung des RGW eine wesentliche Stütze der Exportnachfrage (1988 16½% der Gesamtexporte) zusammengebrochen. Daher erlitt die Industrieproduktion tiefe Einbrüche, und die Leistungsbilanz verschlechterte sich. Seit Juni 1991 strebt Finnland die Bindung der Finnmark an den ECU an. Die schwere Rezession und die Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit setzten die Finnmark unter starken Druck. Nach einer Phase des Floating wurde sie am 15. November 1991 um 12,3% abgewertet (gegenüber dem ECU um 14%). Auch im kommenden Jahr dürfte Finnlands Wirtschaft stagnieren; der erhoffte Aufschwung wird im Zuge der internationalen Konjunkturbelebung 1993 erwartet.

In der Schweiz wurde die Rezession überwiegend von einer verfehlten Geldpolitik in den Vorjahren ausgelöst. Sie wurde vom Abschwung viel stärker als jedes andere mitteleuropäische Land erfaßt. Obwohl der Anteil der Bundesrepublik Deutschland am Export über 22% beträgt und die Exporte nach Deutschland erheblich zunahm, konnte die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums bereits im Vorjahr nicht aufgehalten werden. Hohe Zinssätze dämpften die Inlandsnachfrage insbesondere die Aktivität der Bauwirtschaft. In der Schweiz ist der Anteil der Bauwirt-

schaft an der Wertschöpfung der Gesamtwirtschaft höher als in jedem anderen OECD-Land. Die infolge der kräftigen Aufwertung des Schweizer Franken schrumpfenden Gewinne und pessimistische Erwartungen verursachten den Abschwung im 2. Halbjahr 1990. Für die kommenden Jahre wird mit einem nur sehr milden Aufschwung gerechnet.

Länder im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft

Nach der „Revolution“ in Osteuropa 1989 und später in der UdSSR stimmten die Reformländer darin überein, daß mit der Einführung der Demokratie auch das Wirtschaftssystem grundlegend reformiert werden müsse. Ziel war die Einführung eines dezentralen Systems der Marktwirtschaft nach dem Vorbild des Westens. Über diesen Grundkonsens hinaus sind die Auffassungen über das Tempo der Transformation jedoch ganz unterschiedlich. Sie reichen von langsamer Anpassung bis zur „Schocktherapie“. Wirtschaftsberater aus dem Westen bevorzugen die „Schocktherapie“ (z. B. Jeffrey Sachs, Rudiger Dornbusch, aber auch Experten des IMF). Politiker in den Reformländern, die zum Teil noch im alten System verhaftet sind, befürworten einen kontrollierten und daher langsamen Übergang.

Der Zusammenbruch des RGW brachte einerseits die Handelsbeziehungen zwischen den Oststaaten nahezu zum Erliegen, andererseits aber gibt er diesen Ländern die Chance, ihre Produktionsstruktur zu modernisieren. Die seit dem Zweiten Weltkrieg einseitige Orientierung des Handels der Oststaaten auf den RGW hatte sehr negative Folgen auf die Strukturen dieser Volkswirtschaften. Man könnte sie vergleichen mit den Effekten der „dutch disease“ der einseitigen Strukturkonservierung (für die Niederlande und Norwegen auf die Erdgas- bzw. Erdölindustrie). Mit dem Zwang zur Umlenkung der Handelsströme vom RGW (ohne Konkurrenzdruck) auf die Märkte des Westens mit hohem Wettbewerbsdruck könnte die „dutch disease“ überwunden und die Weichen zu einer konkurrenzfördernden Außenhandelspolitik gestellt werden.

Dornbusch (1991) entwirft in sei-

Wirtschaftswachstum in Osteuropa und der UdSSR

Übersicht 8

Brutto-Inlandsprodukt

	1989	1990	1991	1992	1993
		Veränderung gegen das Vorjahr in % real			
Bulgarien	-0,4	-13,6	-20,0	-6,0	-2,0
ČSFR	+1,0	-3,5	-19,0	-7,0	+1,0
Ungarn ¹⁾	-0,2	-5,0	-7,0	-4,0	+2,0
Polen	+0,5	-12,0	-8,0	-4,0	±0,0
Rumänien	-7,9	-10,5	-9,0	-4,0	-1,0
Osteuropa	-0,9	-8,5	-12,0	-5,0	+0,1
UdSSR	+2,4	-4,0	-12,5	-	-
Oststaaten	+1,7	-4,9	-12,0	-	-

Q: AIECE OECD WIW

ner Analyse der Wirtschaftsreformen in den Oststaaten ein „Siebentageprogramm“ für eine rasche Transformation:

- 1 Festlegen der Spielregeln (Gesetze) und Einigung auf das Wirtschaftsmodell.
- 2 Schaffung der notwendigen Institutionen (Rechtsetzung, Budget Sozialversicherungssystem),
- 3 Herstellen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts,
- 4 Privatisierung,
- 5 Deregulierung Konvertibilität und Handelsprotektion,
- 6 Integration durch Außenhandel und nicht durch Subventionen,
- 7 Schaffung eines Finanzsystems.

Aus der bisherigen Wirtschaftsentwicklung in den Reformstaaten lassen sich gewisse Rückschlüsse über das Tempo des jeweiligen Transformationsprozesses ableiten. *Ostdeutschland ist in vieler Hinsicht gegenüber den anderen Reformländern privilegiert* (Transfers aus dem Westen, einheitliche Währung, organisierte Privatisierung durch die Treuhandanstalt, einheitliches Sozialversicherungssystem) Mit der umfangreichen finanziellen Unterstützung durch

Westdeutschland (Transfers) gelang es Ostdeutschland, das „Dornbusch-Programm“ etwa innerhalb eines Jahres zu verwirklichen. Damit ist Ostdeutschland ein Musterbeispiel für Volkswirtschaften im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Drei Hauptgründe waren für den Zusammenbruch der Produktion nach Einführung der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion im Juli 1990 verantwortlich: Die Kosten waren relativ zur Produktivität zu hoch (Verlust an Wettbewerbsfähigkeit), die Nachfrage wechselte fast vollständig von Ost- zu Westwaren, der RGW-Handel brach zusammen.

Im 1. Halbjahr 1991 überstieg die Absorption (Konsum und Investitionen) die eigene Produktion (BIP) um 75%. Aber nicht nur die Inlandsproduktion auch der Handel brach zusammen, da westliche Handelsketten die Güterverteilung übernahmen. Zur Jahresmitte 1991 kam der Produktionsrückgang zum Stillstand. Umfragen des IFO-Instituts in München signalisieren seither eine Verbesserung des Geschäftsklimas in Ostdeutschland. Der tiefe Produktionseinbruch war hier weniger als in anderen Reformländern von hoher Inflation begleitet. Für 1991 und 1992 wird mit einem Preisanstieg um 12% gerechnet. Dank einer einheitlichen Währung in Deutschland blieb der Preisauftrieb in Ostdeutschland gemäßigt. Entsprechend den deutlichen Produktionseinbußen stieg die Arbeitslosigkeit rasant. Nach offiziellen Angaben waren im Oktober 1991 1,049 Mill. Arbeitslose gemeldet (das entspricht einer Arbeitslosenquote von 11,9%). Die Politik der Angleichung des Lohnniveaus an Westdeutschland bis 1994 wurde mit dem Argument der sozialen

Gleichheit – um die Anreize zur Auswanderung zu verringern – begründet. Der „Preis“ für die rasche Transformation Ostdeutschlands ist der tiefste Produktionseinbruch (reales BSP -20% nach -13,4% 1990) aller ehemaligen RGW-Staaten 1991. Mit dem Aufschwung im kommenden Jahr werden die bisherigen Produktionsverluste nur zum Teil kompensiert.

Auch die ČSFR versucht durch Privatisierung und Umstrukturierung, den Transformationsprozeß zu beschleunigen. Allerdings ist hier der kräftige Produktionsrückgang (1991 reales BIP im Vorjahresvergleich -19%) auch von hoher Inflation begleitet. Im Jahresdurchschnitt 1991 dürfte die Inflationsrate 65% erreichen (1992 40%).

Polen zählt ebenfalls zu jenen Ländern, welche die Schocktherapie bevorzugen. Es begann den Transformationsprozeß bereits vor den anderen Oststaaten. Daher hat Polen den Konjunkturtiefpunkt – mit einem Rückgang des realen BIP um 12% – bereits 1990 erlebt. Seither ist die Wirtschaftsentwicklung nach oben gerichtet. Die Hyperinflation von 586% im Jahr 1990 konnte durch eine äußerst restriktive Geldpolitik gebrochen werden. Im Jahresdurchschnitt 1991 wird mit einer Inflationsrate von 80% und 1992 von 40% gerechnet.

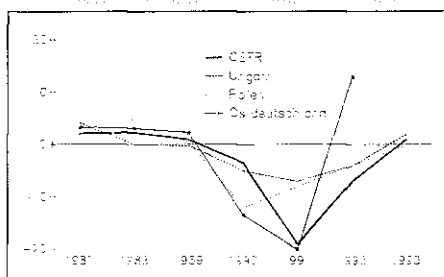
In Ungarn setzte der Transformationsprozeß 1989 ein. Allerdings hatte dieses Land bereits mehr Erfahrung mit ökonomischen Reformen als alle anderen Oststaaten. Bereits seit 1964 rückte Ungarn in mehreren Reformschritten von der Planwirtschaft ab. Im Gegensatz zu den anderen Oststaaten verfolgte es einen Kurs der eher langsamen Anpassung. Daraus erklärt sich der gegenüber den anderen Reformländern geringere Produktionseinbruch 1990 (reales BIP -4½%) und 1991 (-7%). Auch der Preisauftrieb ist gemäßiger (1991 37,5% und 1992 33,5%). Ob das Ziel einer funktionierenden Marktwirtschaft durch den behutsamen Anpassungsprozeß letztlich langsamer erreicht wird als in den anderen Staaten, bleibt abzuwarten.

Aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs hat Jugoslawien praktisch aufgehört, als Staat und damit als ökonomisches Gebilde zu existieren. Eine aktuelle Analyse und mehr noch Prognosen sind daher derzeit nicht möglich.

Länder im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft

Abbildung 11

Reale Veränderung des BIP in %



Literaturhinweise

DIW „Vereinigung wirkt positiv auf Weltwirtschaft Ergebnisse einer ökonometrischen Simulationsstu-

die“ DIW-Wochenbericht 1991, (32)

Dornbusch R „Priorities of Economic Reform in Eastern Europe and the Soviet Union“ Center for Economic Policy Research (CEPR) Occasional Paper 1991 (5).

Horn G A Scheremet W Zwiener R „Domes-

tic and International Macroeconomic Effects of German Economic and Monetary Union“ DIW Discussion Papers 1991 (26)

IMF World Economic Outlook 1990 S 34-36

IMF, World Economic Outlook, 1991

OECD „Economic Outlook“ 1991 (49) S 107

Ueberreuter Offsetdruck

*Wo Service
kein Fremdwort
ist!*

AKTIEN

BROSCHÜREN

BUCHER

FLUGBLÄTTER

GESCHÄFTSBERICHTE

GESCHÄFTSDRUCKSORTEN

KALENDER

KATALOGE

PROSPEKTE

WERTPAPIERE

ZEITSCHRIFTEN

2100 KORNEUBURG, INDUSTRIESTRASSE 1

0 22 62/55 55-0